

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 97 (2012)
Heft: 3

Artikel: Kein Verfassungsschutz für «landeskirchliche» Symbole und Mythen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1090811>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Kein Verfassungsschutz für «landeskirchliche» Symbole und Mythen

Der Nationalrat hatte in der März-Session die parlamentarische Initiative von CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann (LU) zum Schutz von christlichen Symbolen im öffentlichen Raum mit 87 zu 75 Stimmen (total 200 Sitze) gutgeheissen. Der Schulterschluss von Religiösen und anderen Traditionalisten hat dort funktioniert. Der Ständerat lehnte das Ansinnen am 11. Juni mit 21 gegen 18 Stimmen ab (46 Sitze), dort dürfte das föderalistische Argument überwogen haben mit der Befürchtung, dass in laizistischen Kantonen plötzlich ein Recht auf religiöse Symbolik im öffentlichen Raum gelten würde. In beiden Räten war die Abstimmung von vielen Abwesenheiten geprägt.

Zusammen mit der gleichzeitig von beiden Räten klar abgelehnten Basler Standesinitiative für einen neuen Religionsartikel bedeutet dies im Ergebnis das klare Scheitern der «landeskirchlichen» Versuche, angesichts der landesweit beklagten Kirchnaustritte noch schnell ihrer behaupteten «christlichen-abendländischen Leitkultur» in der Schweiz lang anhaltenden Verfassungsrang zu verschaffen.

Der Kampf wird nun auf Kantonsebene weitergehen. Das bedeutet für die FVS mühsame Kleinarbeit. In allen Kantonen müssen die Informationen beschafft und Personen gefunden werden, die rechtliche Schritte zur Klärung der verschiedenen Missstände ergreifen, und vor allem müssen politische Vorstösse und Initiativen lanciert werden, um die gesetzlichen Missstände zu beheben.

Föderalismus versus Grundrechte

Am Fall Abgottspon im Wallis und am wieder neu akuten Fall Cadro im Tessin wird sich zeigen müssen, wie es um den Bestand

des Bundesgerichtsentscheids von 1990 im Fall Cadro steht. Nach dem Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stellt sich die Frage, ob das Bundesgericht ebenfalls auf eine föderalistische Interpretation der Religionsfreiheit schwenkt oder ob die höchsten Richter den Vorrang dieses Grundrechts vor kantonalem Recht und Brauch bestätigen.

Die FVS braucht also weiterhin einen langen Atem und mehr und vor allem aktive Mitglieder, welche nahe an den kantonalen Realitäten die Projekte vorantreiben – geschenkt wird uns nichts.

In den Kantonen

Kt. AG Kirchen wollen weniger Datenschutz

Die Kirchen erheben Anspruch auf Mitteilung von Name und Adresse von Angehörigen ihrer Glaubensgemeinschaft, die sich in Spitälern aufhalten. Die FVS hat mit einer Medienmitteilung reagiert: Der Datenschutz im Spital ist zu gewährleisten, und kranken Menschen ist es nicht zuzumuten, einen unerwünschten Besuch der Spitalseelsorge am Spitalbett abzuwehren.

Kt. BS/BL Streit um Schwimmunterricht eskaliert

Der Streit um den obligatorischen Schwimmunterricht eskaliert. Muslime werfen den Behörden beider Basel Rassismus vor. Die Schwimmbussen führen derweil zur Solidarisierung unter Muslimen der Region.

Kt. BE Systemwechsel bei Pfarrlöhnen?

Grossrat Adrian Wüthrich (SP) will, dass Pfarrlöhne künftig über die Kirchensteuern finanziert werden. Via Motion verlangt er einen Bericht. Der Regierungsrat will das nicht, gibt aber zu, dass ein neues Gutachten aufzeigt: Juristisch ist das System nicht in Stein gemeisselt, die Politik ist gefordert. Die «Landeskirchen» und die Jüdischen Gemeinden warnen den Grossen Rat, das sei «finanziell abenteuerlich» – bessere Argumente haben sie offenbar keine.

Bern: Motion für die Einhaltung der Grundrechte

In einem von der Zürcher Heilsarmee im Leistungsauftrag betriebenen Behindertenheim wurde kürzlich ein Kadermitglied entlassen, weil sie zu ihrer lesbischen Partnerschaft stand. Die Motionäre Michael Köpfli und Claude Grosjean (GLP) verlangen nun vom Berner Gemeinderat, künftig keine Verträge mit Leistungsvertragspartnern abzuschliessen, deren Personalpolitik der rassistische, xenophobe, sexistische oder homophobe Elemente enthalten.

Kt. LU Muslimische Gräber kaum gefragt

2008 erstellte die Stadt Luzern auf dem Friedental-Friedhof ein muslimisches Grabfeld, doch die Nachfrage bleibt aus.

Luzern: Sterbehilfe in städtischen Altersheimen

Der Luzerner Stadtrat lehnte eine Volksmotion ab, die ein Verbot der Suizidhilfe forderte. Die neuen Regeln zum Umgang mit der Beihilfe zum Suizid tragen dem Selbstbestimmungsrecht der Pflegebedürftigen Rechnung.

Kt. SH Kürzung der Staatsbeiträge

Der Schaffhauser Regierungsrat will ab 2014 den Staatsbeitrag an die «Landeskirchen» von rund 4 Millionen auf 3 Millionen Franken senken und auf die Indexierung verzichten. Die Reformierten, sie bilden die grösste der drei Schaffhauser «Landeskirchen», wären am stärksten betroffen.

Kt. SZ Bristen: Gipfelkreuz zum Zweiten

2008 wurde aufgrund einer Beschwerde der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz ein 9 Meter hohes Gipfelkreuz nicht bewilligt. Nun liegt ein Baugesuch für ein 3,45 Meter hohes Kreuz auf. Landschaftsschutzorganisationen haben wiederum Einsprache erhoben.

News

KIOS warnt vor «säkularem Radikalismus»

Farhad Afshar (Präsident von KIOS, der nicht wirklich bezifferbaren Koordination Islamischer Organisationen Schweiz) solidarisierte sich mit den «naiven» Koranverteilern in der Schweiz, warnte vor «säkularem Radikalismus» und benutzt die Angst vor den islamistischen Hintermännern der Aktion, um die staatlich finanzierte Imam-Ausbildung einzufordern.

Romandie: Missbrauchsoffer wehren sich

Sapac, die Unterstützungsgruppe für Personen, die durch Priester missbraucht wurden, fordert die Schaffung einer unabhängigen Westschweizer Untersuchungskommission.

Mission am Schweizer Fernsehen?

Weil Gottesdienste im Deutschschweizer Fernsehen immer weniger Zuschauer finden, wird derzeit von den Medienverantwortlichen der «Landeskirchen» ein Konzept für ein neues Format erarbeitet. «In Kooperation soll eine modern produzierte Sendung entstehen, die das Gottesdienst-Feiern auch für Menschen verständlich und zugänglich macht, die selten oder gar nicht in die Kirche gehen» – logisch wäre aber eigentlich die Streichung der Selbstdarstellung der christlichen Konfessionen und dafür mehr Reflexion über die wirklichen kulturellen Werte des Landes.

Organspende – ja oder nein!

Kompatienten müssen neu damit rechnen, dass man ohne ihr Einverständnis vorbereitende Eingriffe für eine Organentnahme an ihnen vornimmt. Eine Gesetzesänderung ist vorbereitet. Die FVS empfiehlt dringend, die Selbstbestimmung zum Thema Organspende wahrzunehmen. Dabei sollte im Interesse der Angehörigen der Entscheid vollumfänglich selber getroffen und nicht (oder nur nach eingehender Absprache) auf jene abgeschoben werden. Ein entsprechender Ausweis kann online ausgefüllt und ausgedruckt werden. www.swisstransplant.org.

